**FINANZL** **CH NEIN – Argumentarium**

**Die Bevölkerung wird zur Kasse gebeten**

**Die Tiefsteuerstrategie hat zur Folge, dass im Kanton Solothurn die Unternehmen mit den höchsten Gewinnen massiv weniger Gewinnsteuern bezahlen müssen. Sie würden der Kantonskasse und den Gemeinden jährlich rund 120 Millionen Franken weniger Steuern überweisen. Das ist mehr als die Hälfte aller heutigen Steuern der juristischen Personen. Zwar gibt es ein paar Massnahmen zur Gegenfinanzierung, diese machen aber netto nur rund 34 Millionen Franken jährlich aus. Das strukturelle Defizit für den Kanton Solothurn würde jährlich rund 65 Millionen Franken betragen. Von 109 Einwohnergemeinden wären 108 direkt von den Steuerausfällen betroffen. Die Folgen wären Steuererhöhungen für natürliche Personen und einschneidende Sparprogramme wie weniger Spitex, sparen in der Schule, weniger Geld für Behinderte, Leistungsabbau im Gesundheitsbereich. Der ruinöse Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen führt zu einer endlosen Abwärtsspirale. Dies schadet nicht nur der Bevölkerung, sondern auch den kleinen und mittleren Unternehmen im Kanton Solothurn.**

* **NEIN zu Mehrbelastungen von Gemeinden**
* **NEIN zum Steuerwettbewerb unter den Gemeinden**
* **NEIN zu Alibientlastungen für Privatpersonen**
* **NEIN zu drohenden Steuererhöhungen für Privatpersonen**
* **NEIN zu überrissenen Geschenke für wenige Grossbetriebe**
* **NEIN zum Abbau des Service Public**
* **NEIN zum interkantonalen Steuerdumping**
* **NEIN zur Umverteilung von den Firmen an die Privatpersonen**

**Fazit: Das grosse Loch wird aber primär die Bevölkerung stopfen müssen!**

Die Tiefsteuerstrategie setzt völlig falsche Anreize. Sie produziert grosse Finanzlöcher bei Gemeinden und Kanton. Sie bittet die Bevölkerung zur Kasse und begünstigt Aktionäre. Sie entlastet die grossen Unternehmungen mit grossen Gewinnen und lässt kleine und mittlere Gewerbetreibende letztlich dafür mitbezahlen.

Mit einer massvollen Senkung des Gewinnsteuersatzes und einer fairen Steuerentlastung natürlicher Personen könnten auch die Gemeinden fair behandelt werden und ein ausgewogenes Ergebnis wäre möglich geworden. Die vorgeschlagene Senkung des Gewinnsteuersatzes von 21 auf 13 Prozent ist jedoch völlig einseitig und masslos.

Deshalb NEIN zum kantonalen Steuerbschiss!